



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2025, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2025

Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten

Katholischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute – gemeinsam mit meiner evangelischen Kollegin Prälatin Dr. Anne Gidion – den 29. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vorlegen zu können. Dieser Bericht wird jährlich von unserer Fachgruppe Rüstungsexporte erstellt. Den Mitgliedern dieser Fachgruppe, namentlich deren Vorsitzenden Dr. Max Mutschler, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Arbeit danken.

Auch wenn der Bericht sich im Wesentlichen auf die Rüstungsexporte 2024 bezieht, so spielen dennoch die Entwicklungen dieses Jahres in ihn hinein. Zu den Rüstungsexporten in die Ukraine haben wir uns in den letzten Jahren wiederholt ausführlich geäußert. Dies gilt immer noch: Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist unbestritten und kluge und verantwortliche Waffenlieferungen sind leider weiterhin wichtig.

In diesem Jahr haben wir uns schwerpunktmäßig mit zwei Themenfeldern befasst: 1. mit den deutschen Rüstungsexporten nach Indien und, wie schon im letzten Jahr, 2. mit den deutschen Rüstungsexporten nach Israel und in den Nahen Osten.

Erlauben Sie mir, dass ich mit dem besonders „heißen Eisen“ der Rüstungsexporte nach Israel und in den Nahen Osten beginne. Prälatin Dr. Gidion wird dann unsere Überlegungen zu den Rüstungsexporten nach Indien darlegen. Dr. Mutschler wird anschließend über die generellen Trends berichten.

Im letzten Jahr hatten wir an dieser Stelle deutlich gemacht, dass – bei aller Legitimität der Selbstverteidigung – Israel wie alle anderen Staaten der Welt auch an die Einhaltung des humanitären Völkerrechts gebunden ist. Wir vergessen nicht, was der bestialische Angriff der Hamas aus dem Gazastreifen heraus am 7. Oktober 2023 für Israel bedeutete. Wir verkennen nicht die reale Bedrohungslage Israels sowie die besondere deutsche Verantwortung für die Sicherheit Israels. Das vergangene Jahr hat diese Bedrohungssituation mehr als einmal deutlich gemacht.

Nichtsdestoweniger ist die israelische Kriegsführung im Gazastreifen in vielen Punkten nicht mit den Anforderungen des humanitären Völkerrechts in Einklang zu bringen – gerade was den Umgang mit der Zivilbevölkerung betrifft. Wir haben daher im vergangenen Jahr die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend Einfluss auf Israel zu nehmen und – solange keine grundlegende Änderung eintritt – keine Rüstungsgüter mehr an Israel zu liefern, die im Gazastreifen eingesetzt werden können. Angesichts

der sich weiter verschärfenden humanitären Lage im Gazastreifen hatte die Bundesregierung am 8. August 2025 einen entsprechenden Lieferstopp verhängt. Wir haben diese Entscheidung begrüßt.

Nach dem mittlerweile erreichten Waffenstillstand hat die Bundesregierung diese Entscheidung wieder aufgehoben. Wir halten das für verfrüht.

Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, auch nach dem sehr fragilen Waffenstillstand keine Rüstungsgüter nach Israel zu liefern, die im Gazastreifen eingesetzt werden können, bis es eine hinlänglich tragfähige Stabilisierung der Situation in Gaza gibt und kein eindeutiges Risiko mehr besteht, dass diese Rüstungsgüter bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht eingesetzt werden. Die Bundesregierung würde sich damit sowohl an ihre eigenen als auch die europäischen Grundsätze halten. Die Notwendigkeit einer Stabilisierung ist durch die verheerenden Überschwemmung in Gaza noch zusätzlich verschärft worden.

Mit Blick auf die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und in andere Diktaturen im Nahen Osten stellen wir fest:

Rüstungsexporte an diese repressiven Regime tragen dazu bei, deren Bevölkerung im Inneren zu unterdrücken und befeuern die Hochrüstung und Instabilität in der gesamten Region – auch mit negativen Folgen für die Sicherheit Israels. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, diese Rüstungsexporte einzustellen.

Täuschen wir uns nicht: Die Situation in der Gesamtregion wird auf lange Sicht problematisch bleiben. Ein Ziel unserer Bemühungen sollte ein Absinken des Gewaltniveaus sein – bei allem Recht auf Selbstverteidigung. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.
